

BRIEFMARKT

# Döpfner stellt sich auf Pin-Insolvenz ein



MIGUEL VILLAGRAN / AP

Pin-Briefzusteller (in Berlin)

die Verlage WAZ und Holtzbrinck – seien nicht bereit, noch einmal Geld in die Hand zu nehmen. Die glauben allerdings an eine Sanierungsfähigkeit, sehen die Hauptverantwortung für die Finanzierung aber klar beim Mehrheitseigentümer Springer. Der will offenbar die Abstimmung im Bundesrat am 20. Dezember abwarten – dass die Länderkammer den von der Koalition beschlossenen Mindestlohn von bis zu 9,80 Euro noch stoppt, glaubt der Verlag aber nicht einmal selbst. Am 20. Dezember präsentieren auch Piepenburg und die Berater von Roland Berger ihre Pläne zur Zukunft der Firma. Formell bemüht sich Springer noch, einen Käufer für Pin zu finden. Seit einigen Tagen versucht die Investmentbank JP Morgan entsprechende Interessenten aufzutun. Doch die Chancen dürften minimal sein. Denn schon vor der Entscheidung zum



MARC DÄRCHINGER

Döpfner

Mindestlohn in Höhe von 9,80 Euro, den Springer-Chef Döpfner nun als Grund für seine Verkaufsabsichten anführt, war das Unternehmen offenbar ein Sanierungsfall. Bereits vor Wochen hatte deshalb der niederländische Konkurrent TNT signalisiert, dass er wenig Interesse an einer Übernahme der Pin Group habe. Wegen des hohen Restrukturierungsbedarfs, so die Haltung niederländischer Spitzenmanager damals, könne man sich maximal einen symbolischen Kaufpreis von einem Euro vorstellen.

Springer zieht womöglich schneller als gedacht die Notbremse bei dem angeschlagenen Briefdienstleister Pin. Verlagschef Mathias Döpfner habe sich in der vergangenen Woche im Aufsichtsrat die Rückendeckung geholt, um Pin wenn nötig in die Insolvenz schicken zu können, heißt es aus dem Konzern. Bei der Aufsichtsratssitzung des Verlags an diesem Montag soll darüber gesprochen werden, ob Springer noch einmal Geld nachschießt, um das Unternehmen zu erhalten. Angeblich fehlen aktuell rund

zehn Millionen Euro, heißt es aus dem Kreis der Pin-Mitgesellschafter. In der vergangenen Woche ist bei der Brieffirma neben der Unternehmensberatung Roland Berger auch der Insolvenzexperte Horst Piepenburg eingezogen, der prüfen soll, ob eine Fortführung der Firma möglich ist. Bei einer Pin-Tochter können seit vergangener Woche schon keine Löhne mehr gezahlt werden. Die Insolvenz sei die kostengünstigste Art, das Geschäft zu beenden, heißt es aus Springer-Kreisen. Auch die Minderheitsseigner – vor allem

VERLAGE

## „SZ“-Verkauf bis Weihnachten?

Die Verhandlungen über den Verkauf von 62,5 Prozent des Süddeutschen Verlags, zu dem auch die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) gehört, sind auf der Zielgeraden. Noch vor Weihnachten sollen die Gespräche der verkaufswilligen Altgesellschafter mit den potentiellen Investoren abgeschlossen sein. Seit rund vier Wochen führt die Investmentbank Credit Suisse intensive Verhandlungen mit den letzten vier Kandidaten, von denen einer bis zum Jahreswechsel den Zuschlag erhalten soll. Bei dem Quartett soll es sich um zwei Verlage, einen Finanzinvestor und ein Konsortium handeln. Der Preis soll bei rund 700 Millionen Euro liegen. Zudem fordern die Altgesellschafter Investitionszusagen in Höhe von weiteren 150 Millionen Euro, unter anderem für den Ausbau von Online-Aktivitäten.



THOMAS EINBERGER / ARGUM

Druckerei des Süddeutschen Verlags in München